



Informationsblatt zur Erhebung personenbezogener Daten (Art. 13 und 14 DSGVO) im Bereich Beratung und Unterstützung zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen für Unterhaltsberechtigte

Hrsg.: Landratsamt Ravensburg, Jugendamt

1. KONTAKTDATEN DES VERANTWORTLICHEN

Landratsamt Ravensburg
Jugendamt
Gartenstraße 107
88212 Ravensburg
Telefon: 0751 85 0
E-Mail: ju@rv.de

2. KONTAKTDATEN DES DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN

Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Ravensburg
Friedenstraße 6
88212 Ravensburg
Telefon: 0751 85 0
E-Mail: datenschutz@rv.de

3. ZWECK UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

Sie suchen Beratung und Unterstützung zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen Ihres Kindes bzw. Ihrer eigenen Unterhaltsansprüche (Volljährigen- bzw. Betreuungsunterhalt). Im Rahmen unserer Unterstützungstätigkeit benötigen wir Informationen von Ihnen.

Dem Schutz Ihrer Daten räumen wir einen sehr hohen Stellenwert ein. Deshalb erläutern wir im Folgenden,

- welche Daten abgefragt,
- an wen Ihre Daten ggf. weitergegeben
- und wie lange Ihre Unterlagen aufbewahrt werden.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. e, Art. 6 Abs. 3 Buchst. b DSGVO (Europäische Datenschutzgrundverordnung) in Verbindung mit § 18 Abs. 1 und Abs. 4 SGB VIII sowie § 62 Abs. 1, § 64 Abs. 2 SGB VIII und § 69 SGB X. Rechtsgrundlage für die Löschung von Daten ist Art. 17 DSGVO in Verbindung mit § 84 Abs. 1 SGB X.

4. EMPFÄNGER ODER KATEGORIEN VON EMPFÄNGERN DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Ihre Daten werden an den unterhaltsverpflichteten Elternteil bzw. ggf. dessen anwaltliche Vertretung nur mit Ihrer Einwilligung weitergegeben.

Ihrem Kind (im Falle der Beratung und Unterstützung eines Elternteils bezüglich des Unterhaltsanspruchs des minderjährigen Kindes) können Daten auch ohne Ihre Einwilligung bekannt gegeben werden, wenn Ihr Kind volljährig bzw. reif genug ist, um selbstständig zu entscheiden, ob es entsprechend informiert werden möchte.

An andere Stellen im Jugendamt (etwa an die Unterhaltsvorschussabteilung oder die sog. Wirtschaftliche Jugendhilfe) dürfen Ihre Daten ohne Ihre Einwilligung grundsätzlich nicht weitergegeben werden. Gleiches gilt für die Weitergabe an andere Behörden oder Gerichte.

5. VORGESEHENE FRISTEN FÜR DIE LÖSCHUNG DER DATEN

In Beratungsfällen für minderjährige Kinder werden Ihre Daten grundsätzlich zehn Jahre gespeichert. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem das Kind volljährig wird.

In Beratungsfällen junger Volljähriger werden Ihre Daten grundsätzlich noch drei Jahre nach der Vollendung des 21. Lebensjahrs gespeichert.

In Beratungsfällen nach § 1615I BGB werden Ihre Daten noch grundsätzlich drei Jahre nach letzter Beratungstätigkeit gespeichert. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Beratung stattgefunden hat.

6. IHRE RECHTE

Ihnen stehen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO, § 83 SGB X).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO, § 84 SGB X).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren

Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Landratsamtes gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 Buchst. b, c und d DSGVO, § 84 SGB X).

- Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).
- Widerrufsrecht bei Einwilligung
Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt (Artikel 7 Abs. 3 DSGVO).
- Sie haben ferner das Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

KONTAKTDATEN DES LANDESBEAUFTRAGTEN

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Besucheranschrift: Lautenschlagerstraße 20 Postanschrift: Postfach 10 29 32
70173 Stuttgart 70025 Stuttgart

Tel.: 0711/615541-0

Fax: 0711/615541-15

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de